

treibt. Auch hier hat sich das Deutschtum Rumäniens frühzeitig in seiner Haltung festgelegt und erklärt, daß es, als die heute rumänischen Provinzen noch zu Ungarn gehörten, seinen höchsten Willen, aber auch seinen größten nationalen Unterdrückung mitgemacht habe. Die Deutschen Rumäniens seien somit weder Feinde, noch Freunde des ungarischen Volkes; auf keinen Fall aber sei hier eine freundschaftliche Verständigung möglich, solange das Deutschtum in Ungarn derartig vergewaltigt werde wie bisher. Die Deutschen Rumäniens beabsichtigten unter keinen Umständen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, das Schicksal habe die deutschbesetzten Gebiete zu Rumänien geschlagen, und es bestehe für die deutschen Interessen keinerlei Notwendigkeit, daß Siebenbürgen jemals wieder zum ungarischen Staat gehören werde. Diese Staatsbejahung in einer Kernfrage, die sich fast ausschließlich um die Zukunft Rumäniens dreht, wurde in Bukarest außerordentlich günstig aufgenommen, und die rumänischen Kabinette ließen sich als Gegenleistung gerne dazu herbei, die deutschen Forderungen nach Kirche und Schule, Freiheit in kulturellen Dingen, freien Gebrauch der deutschen Sprache, Erziehung der Kinder in deutscher Sprache zu erfüllen. Zwar traten verschiedentlich Störungen durch Eingriffe zentraler oder untergeordneter Behörden auf, auch ließen die einzelnen, jeweils die Regierungsgewalt in Händen habenden rumänischen Parteien eine voneinander abweichende Einstellung zur Minderheitenfrage erkennen, der rote Faden kultureller und völliger Freiheit erlitt jedoch keine Unterbrechung. Als mit dem Anbruch des Dritten Reiches in Deutschland auch die weltanschauliche Umstellung der Deutschen in Rumänien ihren Anfang nahm.

Mit letzterer Geschlossenheit wurde der bisher beschrittene Boden verlassen und dem nationalsozialistischen Gedankengut in den deutschen Kolonien in Rumänien Eingang verschafft. Eine straffe Organisation wurde errichtet, die die alte Gliederung ersetzte. Der Herbst 1933 brachte die Zentralisierung der gesamten Volksherrschaft in den Händen der Führer der „Nationalen Erneuerungsbewegung der Deutschen Rumäniens.“ Mit dieser Erhebung hand in Hand lief der politische Kurs Rumäniens hinüber in das Fahrwasser des Antiparlamentarismus, auf den Boden einer Regierung der starken Hand im Kampf gegen Marxismus und Internationalismus. Das rumänische Volk, voreerst in abwartender Haltung, lernte und forderte mit immer lauterer Stimme Reinigung des öffentlichen Lebens und Anlehnung an die Doktrinen des Nationalsozialismus. Staatsmänner, Parteiführer und Regierungen standen diesen Forderungen nicht ablehnend gegenüber, bis in unmittelbarer Folge des verhängnisvollen Schusses von Sibiu, der den damaligen Ministerpräsidenten Duca niederstreckte, der außenpolitische Druck des Quai d'Orsay einlegte und seinen Höhepunkt in dem kürzlichen Besuche Barthous in Bukarest fand. Es entbehrt nicht einer gewissen Bitterkeit, daß der französische Außenminister anlässlich seines Empfanges bei König Carol offen erklärte, daß Frankreich einem demokratisch-parlamentarischen Rumänien in der Revolutionsfrage stets eine volle Unterstützung gewähre, daß dieses gleiche Frankreich jedoch bei einem Ausruhen der Diktatur in Bukarest oder auch nur bei einem Ausruhen des nationalsozialistischen Gedankengutes sich unverzüglich auf die Seite Ungarns stellen und Auslieferung Siebenbürgens an Bukarest fordern werde. Vierzehn Tage nach dieser politischen Intrigue erklärte das Journal des Dutarefester Ministerpräsidenten die Auflösung der RSDM.

Es ist in den letzten Monaten viel über nationalsozialistische Weltanschauung, die Organisation der Deutschen in Rumänien, sächsische Arbeitsdienstlager, Organisationen der Bauern und verwandte Gebiete in der rumänischen Presse geschrieben und auch

kritisiert worden. Außer den Ausfällen der marxistischen und jüdischen Presse waren die Kommentare fast ausschließlich voller Anerkennung und Zustimmung. Wenn die Forderung eines Verbotes von dieser oder jener Seite auch verschiedentlich erhoben wurde, so glaubte man doch ganz allgemein nicht daran, daß solchen Forderungen nachgegeben würde. Trotzdem hat die Regierung das Verbot der „Nationalen Erneuerungsbewegung der Deutschen Rumäniens“ ausgesprochen, ohne Nennung ihrer hierbei verfolgten Gesichtspunkte und ohne Nennung von Gründen. Angesichts der Ungeheuerlichkeit dieses Beschlusses erwuchs der Deutschen Partei in der Dutarefester Kam-

Erst Ostpakt, dann vielleicht Abrüstungsverhandlungen!

Eine Rede Barthous an die deutsche Adresse.

(1) Paris, 16. Juli.
Auf dem Festessen, das der Stadtrat von Baginone zu Ehren Barthous gab, hielt dieser eine außenpolitische, zum Teil direkt auf Deutschland Bezug nehmende Rede. Nach einem Hinweis auf seine Rundreisen kam Barthous auf Genf zu sprechen und erklärte:
In Genf habe ich zu Deutschland nein gesagt, zu Deutschland, das, ohne anwesend zu sein, doch zugegen war und das gerade wegen seiner Abwesenheit anwesend war. Ich habe gesagt, daß jeder seine Verantwortung auf sich nehmen müsse. Wir brauchen unter ebenbürtigen Bedingungen gefallen zu lassen, als wir solche aufzuzwingen haben. Ich habe zu Deutschland gesagt, daß man mit dieser Abwesenheit ein Ende machen muß, die voller Gefahren für die Welt ist, weil jeder seinen Anteil von Verantwortung auf sich nehmen muß. Ich glaube dadurch Frankreich und Europa einen Dienst erwiesen zu haben. Unsere Politik ist auf der Suche nach dem Frieden gerichtet, nicht dem Frieden, der Staaten bloß organisiert, die sich gegeneinander stellen, sondern einem Frieden durch regionale Pakte, die ihren Unterzeichnern Garantie verschafft, daß sie gegen jeden Angriff geschützt sind und geschützt werden. In London hat mich am letzten Mittwoch die englische Regierung über die Schritte befragt, die jetzt erfolgen müssen. Niemand kann wissen, was morgen eintritt. Ich will keine Voraussage für die Zukunft machen, aber ich nehme einmal an, mir wären einige Fragen vorgelegt worden. Dann hätte ich den Standpunkt vertreten, daß, gleichwohl wie stark mein Mißtrau gegenüber dem Kriege ist — ein Mißtrau, das das ganze Land teilt — Frankreich seine Vorkehrungen nicht aufheben darf, bis es die Abrüstung verhandelt hat. Man kann doch nicht sagen, ob nach Verwirklichung dieser regionalen Pakte ein neues Zeitalter beginnt, das die Möglichkeit bietet, die Auswirkungen dieser Pakte auf die Abrüstung zu prüfen. Verhandlungen könnten wohl als eine Folge der Verwirklichung dieser regionalen Pakte beginnen, aber als Vorbedingung für die Pakte könnten sie nicht eingeleitet werden. Das hätte ich geantwortet, wenn mir die Fragen vorgelegt worden wären, die ich eben als Annahme erwähnte.

Französische Stimmen über die Ostpaktspolitik.

DNB Paris, 18. Juli.
Die Ostpaktspolitik Barthous wird nicht von allen französischen Kreisen geteilt. Eine ganze Reihe von Blättern, die mit dieser „Pattomanie“ ein Wieder-

mer die Pflicht, gegen die unbewiesenen, schweren Beschuldigungen des gesamten Deutschtums Rumäniens Stellung zu nehmen und gleichzeitig Aufklärung von der Regierung zu verlangen, auf welcher Grundlage die Auflösung verfügt wurde. Die Antwort von Regierungsspitze liegt bis heute noch nicht vor. Wie sie auch ausfällt, an dem Verbot wird zweifellos keine Änderung erfolgen. Rumänien hat es soweit gebracht, nicht nur seine außenpolitische Unabhängigkeit dem Quai d'Orsay verpfändet, sondern auch sein innenpolitisches Bestimmungsrecht an Frankreich vergeben zu haben. Es ist der getreueste Vasall des großen Drahtziehers Louis Barthou.

aussen Brand'schen Geistes befürchten, wenden sich gegen Barthous, einmal weil England es nicht garantieren wolle, und außerdem weil seine Verwirklichung die Legalisierung der deutschen Aufstellung zu begründen scheine. Das „Journal“ schreibt, wesentlich an den Ausführungen Sir John Simons sei nicht das Versprechen, daß England den neuen Ostpakt moralisch unterstützen wolle, sondern der Wille Englands, diesen Pakt nur zuzulassen, weil er einen Weg für die Legalisierung der deutschen Aufstellung darstelle, und weil er seine neuen Verpflichtungen für England entsalte.
Das „Devoir“ fragte gestern die „Entscheidung“, daß der Quai d'Orsay mit der Barthouser Außenpolitik garnicht zufrieden sei. In Paris ist es über dem Verbot worden, daß die politische Regierung gegenüber dem Ostpakt eine kritische Haltung einnehmen müsse. In einem langen außenpolitischen Artikel glaubt „Devoir“ annehmen zu können, daß Deutschland die Ostpaktpläne ablehnen werde, da es der französisch-russischen Annäherung in Europa seine neuen Entwicklungsansätze erschlüssen wolle. Polen, welche dem Ostpakt aus dem französischen Außenminister mitgeteilt. Zum ersten Male habe daraufhin Barthou zu dem politischen Briefkasten in ziemlich bestimmten Wendungen gesprochen. Trotz aller französischen Zuneigung zu Polen, müsse man leider feststellen, daß die Franzosen in allen Hauptstädten der Welt — mit Ausnahme London — ein politisches Gegenspiel vorfinden, so in Prag, Bukarest, Belgrad, Budapest und Rom. Die politische Haltung habe auch die unterirdischen Kreise in Paris tiefen Eindruck gemacht. In diesen Kreisen habe man auf dem Standpunkt, daß Frankreich, wenn Polen an seiner Auflösung festhalte, sich eines Tages fragen müßte, ob es angebracht sei, gewisse 1921 mit Polen abgeschlossene Verträge in einer für Frankreich so verantwortungsschweren Form beizubehalten.

Daniel vor der Löwengrube.

Englische Kommentare zum Ostpaktvorschlag.
DNB London, 18. Juli.

Die Stellungnahme der deutschen Presse zu dem französisch-russischen Ostpaktplan findet in der englischen Presse nunmehr größeres Verständnis. Die vielfach nach der Unterhaus-Debatte des Außenministers Sir John Simon vertretene Ansicht, daß Deutschland den Pakt in seiner jetzigen Form ohne weiteres annehmen könne, wird zusehends aufgegeben. Der „Times“ vertreten, die in einem anscheinend inspirierten Leitartikel die offizielle Meinung vertreten will unter der Devise, die anderen Staaten hätten in völliger Ernst ihre Mißbilligung geäußert, für den Grundlag der deutschen Gleichberechtigung unter einem System der Sicherheit zu arbeiten. Die deutsche Regierung sollte bemüht sein, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Das geplante Paktssystem in der jetzigen Form sei radikal verschieden von dem alten System der Bündnisse. Es sei ein Versuch, die Sicherheit im ganzen durch gegenseitige regionale Garantien zu fördern. Es biete Deutschland Gelegenheit, mit seinen Nachbarn zusammenzuarbeiten und seine Unabhängigkeit in der Aufrechterhaltung des Friedens zu erhalten. Es würde ferner Deutschland in den Völkern zurückbringen. Als Einleitung für seine Empfehlung des Paktsystems richtet das Blatt einen wütenden Angriff gegen Reichsfürst Adolf Hitler und seine Maßnahmen gegen die Verschwörer.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt, die deutsche Regierung könne möglicherweise nur nach ausgedehnten Verhandlungen und beträchtlichen Veränderungen der gegenwärtigen Entwürfe dem Ostpakt und einem französisch-russischen deutschen Garantieabkommen zustimmen. Zunächst sei zu erwarten, daß Deutschland nur auf gewisse Punkte des Vorschlages eingehen werde. Deutschland insbesondere, so glaubt das Blatt, werde nachfragen, welche Frist die vorgeschlagenen Abkommen haben sollen, und schon angebotene Gleichberechtigung verließen würde. Die deutschen Mindestforderungen seien immer noch die in der Denkschrift vom 16. April b. J. aufgestellten. Dem Völkervertrag gemäß müsse eine Auslöschung auf eine Vertragsrevision mit friedlichen Mitteln bestehen. Polen werde sich möglicherweise letzten Endes für die Neutralität zwischen Deutschland und Rußland und wie auch England und Italien für ein Fernbleiben von dem Pakt entscheiden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „News Chronicle“, Vernon Bartlett, teilt mit, in London sei man planlos in der unglücklichen Aufnahme des Paktplanes in Deutschland enttäuscht. Der Vertreter englischer Briefträger sei aber bei seiner Unterredung mit dem deutschen Reichsaussenminister nicht in der Lage gewesen, die Erfüllung der Mindestforderungen für eine Annahme des Ostpaktplans zu versprechen. Unter diesen Umständen sei es vollkommen natürlich, daß Deutschland sich jetzt wie Daniel vor der Löwengrube verhalte. Man erwarte von Deutschland, daß es in ein Abkommen eintrete, das Deutschland zwar eine Gleichheit der Verpflichtungen zur Verteidigung anderer Nationen, nicht aber eine Gleichheit der Rechte zu seiner eigenen Verteidigung gebe. Deutschland sei nicht in der Lage, sich einem System anzuschließen, das trotz der Entzweiung Simons über dessen Wechselseitigkeit die Verwirklichung Deutschlands betreibe. Trotzdem, so schreibt der Mitarbeiter des Blattes, würde Deutschland Flug handeln, den Ostpaktvorschlag anzunehmen, da er die allerletzte Bemühung darstelle, ein Wiederaufleben des Bündnisystems zu verhindern.

Der locarno-feindliche „Daily Express“ meidet in großer Aufmachung, daß viele Abgeordnete des Unterhauses über die neuen Ostpaktvorschläge beunruhigt seien und Anfragen über die verschiedenen Punkte anfündigten. Es sei daher möglicherweise mit einer neuen großen Aussprache vor der Sommereröffnung zu rechnen. Man sei der Ansicht, daß die Behauptung Simons, England werde in dieser in neue Verpflichtungen hineingezogen, bei strenger Prüfung nicht haltbar sei, sondern daß die englischen Verpflichtungen im Gegenteil viel weitgehender seien als angenommen werde.

Die politische Entrechtung der Deutschen in Memel.

× Memel, 16. Juli.
Die im litauischen Staatsanzeiger vom 12. d. M. veröffentlichte und sofort in Kraft getretene Umänderung des Gesetzes zum litauischen Staatsbürgengesetz vom 8. Februar 1934 gibt dem litauischen Kriegerkommandanten in Memel unbeschränkte Vollmacht zur willkürlichen und radikalen Unterdrückung jeder öffentlichen Betätigung des nicht großlitauisch eingestellten memelländischen Bevölkerungsteiles. Gegen seine Maßnahmen gibt es kein Rechtsmittel, sondern nur „Belagerung“ an ihn selbst. Er kann nach dem Gesetz durch die willkürliche Schließung beliebiger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, kultureller oder wohltätiger Organisationen deutschen oder sonst ihm nicht genehmen Charakters, die überwältigende Mehrheit der nicht großlitauisch eingestellten Bevölkerung politisch völlig entrechteten. Der Kriegskommandant hat denn auch bereits, gestützt auf die Verordnung des § 10, 1, des Staatsbürgengesetzes die Memelländer, daß vor allem auch die memelländische Landwirtschaftspartei, als geschlossen erklärt. Dies bedeutet praktisch, daß alle Angehörigen dieser Parteien, also die überwiegende Mehrheit aller nichtgroßlitauisch eingestellten Wahlberechtigten, des aktiven und passiven Wahlrechtes beraubt werden und weder Beamte noch Mitglieder von öffentlich rechtlichen Körperschaften sein können. Denn nach dem bisherigen radikalen Vorgehen gegen alle autonomietreuen Beamten usw. ist nicht zu zweifeln, daß die in Ziffer II — Paragraph 10 — geordnete „Gefahr ihres Wirkens für den Staatsschutz“ durchweg behauptet werden wird.
Seit dem 11. Juli sind neben mehreren Magistratsbeamten 83 Funktionäre teils sofort, teils mit Wirkung vom 1. August oder 1. Oktober entlassen worden, so daß nur noch etwa 18 memelländische Funktionäre übrig bleiben. Die Entlassung von 85 Funktionären und 20 Amtsvorstehern steht bevor. Für den genannten Gebietsbereich der Autonomieverwaltung ist der ausschließliche Gebrauch der litauischen Sprache angedroht worden.

Bedrohende Einberufung des Memelländischen Landtages.

DNB Rowno, 16. Juli.
Wie der Gouverneur des Memelgebietes dem Vertreter des halbamtlichen „Litauos Aldas“ erklärt, wird der Memelländische Landtag zu Gegenangabe einer Erklärung des Direktoriums Reissys am 25. Juli bestimmungsgemäß einberufen werden. Im übrigen verläuft in memelländischen Kreisen, daß, falls das neue Direktorium kein Vertrauensvotum erhalten sollte, dessen Rücktritt erfolgen würde. Der Gouverneur würde dann die Verhandlungen mit den Landtagsparteiern zwecks Ernennung eines neuen Landespräsidenten prüfen. Dadurch würden mindestens sechs Wochen Zeit gewonnen.

Englisch-türkischer Zwischenfall.

DNB Athen, 16. Juli.
Nach Meldungen aus Samos wurde ein mit drei Offizieren besetztes Boot des von Samos anfernden englischen Kreuzers „Devonshire“, das zu einem Badeausflug auf die nahegelegene Küste Kleinasiens auflegte, von der türkischen Küstenwache beschossen. Dabei wurde der eine der Offiziere getötet, während ein anderer schwer verwundet wurde. Der Kommandant der „Devonshire“ hat über den Vorfall sofort einen Funkbericht nach London an das Marineministerium gemeldet.

Erregung in London.

London, 16. Juli.
In London herrscht beträchtliche Erregung über die gemeldete Beschädigung englischer Marineoffiziere durch türkische Küstenwachen bei der Insel Samos. Die englische Admiralität bekräftigt, daß ein mit drei Offizieren besetztes Boot des Kreuzers „Devonshire“ am Sonnabend nachmittag von türkischen Küstenwachen, die auf dem kleinasiatischen Festland gegenüber der Insel Samos stationiert waren, heftig unter Feuer genommen wurde. Der Marinearzt, Leutnant Robinson, wurde von einer Kugel getroffen, stürzte über Bord und ertrank. Die beiden anderen Offiziere, sprangen ins Wasser und brachten sich durch Schwimmen nach der Insel in Sicherheit. Der Leutnant des getöteten Offiziers konnte noch nicht gefunden werden. Die englische Admiralität hat Nachforschungen auf dem diplomatischen Wege eingeleitet.

Der Oppelner Rathaussturm eingestürzt.

DNB Oppeln, 16. Juli.
Am Sonntagabend stürzte der 60 Meter hohe Oppelner Rathaussturm, der in den letzten Tagen wegen Umbauarbeiten verfestet werden mußte, ein. Der Turm brach zunächst in sich zusammen und fiel dann nach der Südwestseite um. Zum Glück sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Lediglich einige Schaufenster in der nächsten Umgebung wurden zertrümmert. Einige Minuten vorher hatte ein Auto mit Ausflüglern die Unfallstelle passiert. Die Polizei und die Feuerwehr nahmen sofort Absperungen vor. Das Mauerwerk bedeckt weithin die Ringstraße.

Ein amtlicher Bericht besagt: Bei den seit Wochen betriebenen Erneuerungsarbeiten an der Westseite des Rathauses, wobei auch einige Stellen des Turmes freigelegt wurden, zeigte sich zunächst nur zwei, zur Ruhe gelassene Risse, die zu Befürchtungen keinen Anlaß gaben und ständig beobachtet wurden. Erst am Freitag gegen Mittag, in der Nacht zum Sonntag und am Sonntag nachmittag bildeten sich plötzlich neue Risse im Mauerwerk in etwa sechs bis acht Meter Höhe über dem Erdboden. Trotz sofort eingeleiteter umfangreicher Abstützungsmaßnahmen stürzte der Turm am Sonntag gegen 2 Uhr in sich zusammen. Die dort beschäftigten Handwerker konnten im letzten Augenblick auf Warnung ihre Arbeitsstätten rechtzeitig verlassen, so daß niemand zu Schaden kam. Ueber Ursache und Schuldfrage wird eine Untersuchungskommission zu befinden haben, die am Montag ihre Tätigkeit aufnehmen hat. Zur Zeit kann von einem Verschulden nicht gesprochen werden.

Starke Regenfälle in Oberbayern.

DNB München, 16. Juli.
Im Laufe des Sonntags und in der Nacht zum Montag sind über das bayerische Alpengebiet und das Alpenvorland insbesondere über den westlichen Teil, sehr ergiebige Regenfälle von 50 bis 100 Millimetern niedergegangen, nachdem bereits in der Nacht zum Sonntag Regengüssen von 15-30 Millimetern gefallen waren. Unter dem Einfluß dieser Regenfälle liegen Alpen, Berge, Seen, Täler und Lössalben aus der Mittelalterslinie in den Hochwassergebieten. Die Regenfälle hielten im Alpengebiet am Montag vornehmlich an, so daß die Flüsse noch im weiteren Steigen begriffen sind.

Brotversorgung gesichert.

Keine allgemeine Brotpreiserhöhung.

DNB Berlin, 16. Juli.
Zu der am 16. Juli in Kraft getretenen Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft im neuen Wirtschaftsjahr 1934/35 machte am Montag nachmittag Ministerialdirektor Moritz vom Reichsernährungsministerium vor Pressevertretern nähere erklärende Ausführungen. Er wies besonders auf die Schaffung der Hauptvereinigung der Getreidewirtschaft hin, der die Mühleneinrichtungen, die 8000 deutsche Mühlen umfaßt, angeschlossen wird.
Die Getreidewirtschaftsverbände, die von der Hauptvereinigung geschaffen werden, umfassen, fuhr Ministerialdirektor Moritz fort, alle Erzeuger von Getreide, alle Vermittler der Getreidebewegung, alle Vorarbeiter und Bearbeiter des Getreides und schließlich die Fabriken und sonstigen Einrichtungen, die Brot herstellen, also Brotfabriken und Bäcker. Diese Getreidewirtschaftsverbände mit der Hauptvereinigung in Berlin werden das Rückgrat der gesamten Getreidewirtschaft in organisatorischer Beziehung sein. Sie werden die Ausbringung des Getreides vom Hof zum Markt, die Bewegung der Ware, ihre Verwertung und schließlich die Preisbildung sowie die Preispausenfestsetzung regeln.
Wenn die Getreidewirtschaftsverbände und die Hauptvereinigung zum 31. Oktober fertig sein werden, dann werden sich alle Fragen auf dem Getreidemarkt von diesem Zeitpunkt an von selbst regeln. Die Organisation wird verhindern, daß beim Abfluß von Getreide für den Erzeuger ungünstige Störungen auftreten, und
Es wird sicherstellen, daß der Getreide- und Brotbedarf immer gedeckt werden kann. Ueberschüssiger Roggen und Weizen geht in den Hand des Reiches über und wird für das Ende des Wirtschaftsjahres aufbewahrt. Die Neuregelung steht vor, daß es keine unregelmäßige Getreidebewegung zu den Genossenschaften und zu den Großmärkten geben kann.
Zu den Preisen ist grundsätzlich zu bemerken, daß mit im vergangenen Jahre eine sehr gute Ernte hatten. Im vergangenen Jahr war ein Preis festgelegt worden, der dem Vorkriegspreis annähernd war. In diesem Jahre beträgt der Mindestpreis der Ernte für das Getreide berechnet ungefähr 22 bis 23 v. H. gegenüber dem Vorkriegs. Es wäre nun also nichts näherliegend, als zu fordern, daß dieser Mindestpreis aufgeführt würde und eine Preiserhöhung in Kraft trete. Das wird nicht getan. Wir kümmern uns hierbei um den Preis und achten auf die Versorgungslage und auf die Auffassung der politischen Führung.
Wäre der 22- bis 23-prozentige Mindestpreis der Ernte durch eine entsprechende Erhöhung der Preispeisen ausgeglichen, dann würde die daraus resultierende Preiserhöhung nicht gering

sein. Es muß deshalb den sozialen Bedürfnissen im laufenden Getreidewirtschaftsjahr zu Gunsten der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.
Es wird allerdings zweierlei getan werden:
Einmal wird der Ausmachungsgrad für Roggen, das wichtigste Brotgetreide, auf 75 v. H. (jetzt ungefähr 68 v. H.) erhöht. Dadurch wird eine Mehrausbeute von 450 000 Tonnen erzielt. Infolgedessen kann der Müller 6 Mark für die Tonne mehr zahlen.
Zum zweiten kann dem Bauern durch folgendes weiter geholfen werden: An dem Prinzip des allmählichen Antingens der Preise von Anfang bis zum Ende des Getreidewirtschaftsjahres wird festgehalten. Wir haben aber in diesem Jahre kein Ueberangebot, und da nach jahrelangen Erfahrungen bis Neujahr 80 bis 85 v. H. der Getreideernte abgeliefert sein werden, werden gleich im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorkriegs erhöhte Ausgangspreise festgelegt. Bei Roggen macht die Erhöhung im Jahresdurchschnitt 6 Mark mehr aus und für Weizen 10 Mark für die Tonne. Für Weizen macht das beim Konsumanten nichts aus.
Bei dieser Preisfestsetzung wird den landwirtschaftlichen Betrieben bewußt etwas zugewendet, denn es muß auf die Kaufkraft der Bevölkerung Rücksicht genommen werden.
Deshalb ist an eine allgemeine Brotpreiserhöhung nicht zu denken. Das schließt nicht aus, daß hier und dort eine örtliche Korrektur des Brotpreises vorgenommen werden muß. Es das aber zugelassen wird, wird dem Getreidebäcker, dem Müller, dem Mischhändler und dem Bäcker vorerst genau so viel wie dem Bauern zugewendet werden; d. h. herunter mit der Preispanne.
Veranlassung zu Preisfragen gibt es nicht, denn eine ausreichende Versorgung ist gesichert.
Bei der Regelung des Verkehrs mit ausländischem Weizen ist die Verarbeitung auf diejenigen Mengen begrenzt, die im neuen Getreidewirtschaftsjahr auf Grund von Austauschvereinbarungen eingeführt werden können, die im vergangenen Getreidewirtschaftsjahr bei der Ausfuhr von deutschem Weizen ausgeführt worden sind und zur zulässigen Einfuhr von Auslandsweizen berechneten. Eine Wiedereinführung des Austauschverfahrens kommt demnach nicht in Frage.
Soweit der Bauer in den neuen Getreidepreisen nicht den vollen Erfolg seines Mindestpreises von der Flächeninheit findet, wird durch weitere allgemeine landwirtschaftliche Rechnung getragen werden. In den Gebieten, in denen die Dürrefolgen sich als katastrophenartige Schäden herausstellen, wird überdies unmittelbar besondere Hilfe der öffentlichen Hand eingesetzt werden.

Au
In der S...
Eiserne Person...
Das Auto über...
In der Na...
Stand an der...
wagen fuhr p...
auf einen Anb...
zu. Durch den...
gete wurde das...
überflieg sich...
Eisen, war a...
Wunder blieb...
ausgeschleubt...
daß der Fahrer...
parken den Fah...
Ueberflut über

Schwerer
In der Nach...
Süllmann von...
eines Geldbetra...
die Ermittlung...
Polizei eine Bel...
Als der P...
Dorfen in der...
elterliches Haus...
nach Ellen zu...
der Kellerst...
herabfallen, der...
Roß verlor die...
3500 Mt. raub...
nicht gefah...
Polizei waren...
einem weis...
und beland zu...
aus Sargfeld...
hieße Polizeib...

Gegen un...
Der Bes...
beisitz...
TSD, Zölln...
„Im Zusan...
früheren Bezirks...
Lagen im ganz...
rückte über me...
breitet worden...
Ich stelle die...
nach wie vo...
sitzleistung...
front ist und m...
meines Vorgäng...
zu tun hat.

Flieger-Be...
Wie wir erfa...
falsen des Deu...
der Flieger-Land...
Flieger-Bundes...
Sportverbandes...
mann (Eisen),...
und wird nach...
der Flieger-Land...
alte Kriegsfliege...
gehörige Kreis...
Mittleren Weis...
zung der Flieger...
lichlich ihre Ge...
Untergruppe 15...
bandes im „Rie...
Die Flieger-Land...
Untergruppen, da...
gruppe Dortmund

Minister...
fahren. Nach W...
rums der Provin...
Zeit vom 15. Ju...
Sein Vertreter i...

Minister...
herigen Gerichts...
und Heintich...
daten ernannt.

Minister...
Briefe! Wie be...
kannt gibt, hat...
ins Ausland gef...
Monats Juni a...
Markt beschä...
würdig in nicht...
Briefen verfan...

Minister...
Eine lustige Ge...
Zahres auf dem...
einem Kind im...
Baur: „Na, hab...
Baur machte eine...
Die frohgestimmte...
Mitte und brach...
luf konnten...
bei einer K...
die Taler in den...
neben Speise...
stimmung in Hän...
können. Statt...
dem einen d...
weg, indem sie...
sie nicht beobach...
Martha Sch. so...
nach dem Wind...
schoben von feine...
angelegt hatte...
wenden, obwohl...
ihn obenreim wie...
Die Polizei forsch...
und die...
Minister. A. wur...
zu sechs Mon...

...flichtet, sein
gsberg oder
Angriff
zur Unter-
tischen Angriffs-
bat steht a-
nein Wache"
Inso wie Itali-
en werde, wo
tes und seine
d in einen K-
ämpft nu-
sen", so hätte
n wie Mussol-
nartig sein, d-
arnopates so
tung verlang-
mten darin

Sundfunk

DAS